

Die „Grenzblätter“ erscheinen täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Jungen Welt“ und „Der Jugend-Gemalte“. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung laut Post für den Monat März 25.— M., im voraus schickbar. Durch die Post bezogen 27.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Vertriebsstellen entgegen. Unter Streifenhand bezogen für Teutschland, Fanzos, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ungarns 29.— M., für das übrige Ausland 37.— M.

Die abgebildete Nonpareille über deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Inzeratensteuer. Klein Anzeigen: Das fertige Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inzeratensteuer. Laufende Anzeigen lang Karri. Familien-Anzeigen und Eiern-Gelände 3.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gelände in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Verlagspreis Zentrum 152 90—152 90

Grenzblätter

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Zukunft der deutschen Flugzeugindustrie

Kontrolle der Entente

Nach dem Versailler Vertrage mußte Deutschland alle von der Entente als Kriegsgerät bezeichneten Flugzeuge abliefern. Die Vorkonferenz hat dann später erklärt, daß mit dem 1. Februar die Ablieferung zur Zufriedenheit der Entente erfolgt sei. In diesem Tage begann die dreimonatige Frist, nach deren Verlauf Deutschland wieder mit dem Flugzeugbau beginnen darf. Diese Frist nähert sich ihrem Ende. Nunmehr hat die Vorkonferenz in einer Note an die deutsche Regierung dargelegt, welche Arten Flugzeuge ihr auch in Zukunft zu bauen nicht erlaubt sind. Jeder Einflieger mit mehr als 60 PS., jedes Fahrzeug, das vollbelastet höher als 4000 Meter zu steigen vermag, jedes Fahrzeug, das in 2000 Meter Höhe schneller als 170 Kilometer in der Stunde fährt, ist Kriegsgerät. Ohne Piloten fliegende oder verteidigungs- oder angriffsfähige oder mit überkomplizierendem Motor versehene oder zum Tragen einer Nutzlast von mehr als 600 Kilogramm befähigte Luftfahrzeuge dürfen, wenn sie dabei die vorbeschriebenen Höchstleistungen erreichen, in Deutschland nicht gebaut werden. Auch nicht solche, die für mehr als 3 1/2—4 Stunden Fahrt Kraftstoff führen können. Luftschiffe mit mehr als 30 000 Kubikmeter Gasausnahme dürfen in Deutschland ebenfalls nicht hergestellt werden. Zur Überwachung dieser Vorschriften soll am 5. Mai, an welchem Tage die interalliierte Luftfahrtüberwachungskommission abtritt, ein aus 13 Offizieren, 28 Unteroffizieren und Soldaten bestehendes Garantiefomitee für Luftschiffahrt eingesetzt werden.

Sicher haben in dieser neuen Note auch manche Sonderwünsche der französischen Kapitalkreise ihren Niederschlag gefunden. Um so mehr, als sich für die deutsche Flugzeugindustrie, die alle alten Typen, soweit sie besonders leistungsfähig erachtet wurden, ausliefern mußte, gerade hieraus große Möglichkeiten intensiver Entwicklung geboten hätten. Die Ententeländer haben die Flugzeuge der besiegten Länder eingekauft und deren Industrie will dafür selbstverständlich Absatz und Verwendungsmöglichkeiten haben. Wenn aber die deutsche Flugzeugindustrie, für die es solche Rückflüsse nicht gibt, da sie über altes Material nicht mehr verfügt, sich über dessen Verwendung also auch nicht den Kopf zu zerbrechen braucht, in kurzer Zeit mit einem neuen Typ herauskäme, der sich „im Fluge“ die Welt erobert, wäre das ein empfindlicher Schlag für die Flugzeugindustrie der Ententeländer. Diese Gründe haben zweifellos die Vorschriften der Entente bedeutend mehr eingeeignet als es die militärischen Gründe notwendig gemacht haben würden. Wie weit trotz alledem der deutschen Industrie noch Vorteile verbleiben, wird die Entwicklung zeigen. Sicher ist, daß die Entente durch ihre Garantiekommission auch ein vorzügliches Mittel in die Hand bekommt, etwaige Geheimnisse der deutschen Flugzeugindustrie zu ergründen und den nichtdeutschen Industrien nutzbar zu machen. Es ist doch so manches anders gekommen, als es sich die deutschen Kriegstreiber gedacht hatten.

Der Reichskanzler über den Konflikt in Genua

Anläßlich eines Empfanges der deutschen Kolonie in Genua durch den deutschen Botschafter in Rom, Kenoeth, hielt der Reichskanzler Wirth eine Rede, aus der wir folgende Ausführungen über den Konflikt in Genua wiedergeben. Er sagte:

„Auf den Schritt, den wir durch die Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo unternommen haben, möchte ich hier nicht ausdrücklich eingehen. Ich bin aber bereit, jederzeit die volle Verantwortung für ihn zu übernehmen. In Genua sollten die Probleme des Ostens gemeinsam besprochen werden. Es wurde uns dabei aber eine Enttäuschung bereitet. Infolge der separaten Verhandlungen eines Teils der hier vertretenen Mächte mit Rußland waren plötzlich deutsche Interessen bedroht und es galt, sie rechtzeitig wahrzunehmen. Das war unsere Pflicht, und wir haben unsere Pflicht getan. Das Londoner Expertenmemorandum hätte zu einem zweiten Versailler führen können. Seine Anwendung hätte das endgültige Todesurteil über jeden Wiederaufbau Rußlands bedeutet und wir wären außerdem in eine Schuldnechtenschaft nach Osten geraten, so daß der Ring der Schuldnechtenschaft sich um uns geschlossen hätte. Demgegenüber konnten wir nicht nur das korrekte Kind der Konferenz spielen. Durch den Vertrag haben wir den Ring, der uns bedrohte, ver-

mieden. Wir sind aber bereit, die Ideen, die in diesem Vertrage enthalten sind, in einem größeren gemeinsamen Rahmen einzuordnen, allerdings nicht untergeordnet im Sinne des Diktats. Die Entscheidung darüber liegt jetzt bei den Großmächten, namentlich bei England.“

Es will uns scheinen, als ob über das deutsch-russische Abkommen gar zu viel feindseligen Aufhebens gemacht wird. Es setzt zu seiner Verwirklichung doch auch voraus, daß Rußland aus Deutschland beträchtliche Anleihe Mittel erhält. Ob die erforderlichen Summen schnell genug in Deutschland aufgebracht werden, ist noch nicht so sicher. Um so weniger, als es sich zum großen Teil um Anlagelapital handelt, das erst nach Jahren, Erträge irgendwelcher Art abzuwerfen vermag. Gewiß ist Rußland reich an Bodenschätzen vielerlei Art. Um sie aber zu heben, sind jahrelange Vorarbeiten erforderlich, so z. B. das Abteufen von Schächten, die Anlage großer Verkehrswege usw. Die deutschen Industriellen aber ärgern tagtäglich vor Wut über die Unmöglichkeit der Kapitalbeschaffung sogar im Inland. Allerdings, wenn sich in Rußland größere Ausbeutungsmöglichkeiten bieten, als in England, werden sie auch „Außerordentliches zu leisten“ vermögen. Da heute die Machtverhältnisse der Klassen einen anderen als kapitalistischen „Wiederaufbau“ nicht ermöglichen, ist allerdings das deutsch-russische Abkommen als ein erster Versuch gemeinsamer Wiederaufbauarbeit mit größter Vermeidung zu begrüßen. Es entspricht überdies einer Forderung, die die U.S.P. seit Jahren mit aller Entschiedenheit erhoben hat.

Frankreich erhebt Einspruch

Paris, 21. April.

Die Agence Havas meldet aus Genua: Die französische Abordnung sandte heute Abend an den Vorsitzenden der Konferenz Facta ein Schreiben, in dem sie gegen den Inhalt der deutschen Antwort auf die Entschliehung der Alliierten Einspruch erhebt. In diesem Schriftstück bestritt die französische Abordnung die Rechtmäßigkeit des deutsch-russischen Vertrages, der den Bedingungen von Genua widerspreche. Sie ersucht Facta, die Beschlüsse der neun alliierten Mächte, welche die Entschliehung vom 18. April unterzeichnet haben, zu einer Besprechung einzuberufen.

Die Mitteilungen über die Möglichkeit eines isolierten Vorgehens Frankreichs gegenüber Deutschland werden von der heutigen Abendpresse bestätigt. Marcel Guin schreibt, daß es sich bei der von Poincaré geplanten Aktion nicht um ein Vorgehen von heute auf morgen handelt, sondern Poincaré wird zunächst abwarten, welche Folgen der bevorstehende diplomatische Schritt Frankreichs bei der großen Entente, bei der kleinen Entente, sowie Polen haben wird. Während dieser diplomatischen Unterhandlungen wird Poincaré eine Agitationsreise in die Provinz unternehmen und bekanntlich zuerst am Montag in Nancy eine große politische Rede halten, in der er im einzelnen sein Aktionsprogramm gegenüber Deutschland entwickeln wird. Nach Rückkehr von seiner Reise will er sein politisches Programm in die Tat umsetzen, weil dann die Antworten der befreundeten Regierungen vorliegen dürften. Marcel Guin teilt weiter mit, daß in der heutigen Botschafterkonferenz die Vertreter Englands und Italiens es mangels Instruktionen ablehnten, sich mit den französischen Forderungen zu befassen. Guin will jedoch wissen, daß nach der offiziellen Sitzung eine offizielle Besprechung der Botschafter über diese Fragen stattgefunden hat.

Die Wirtschaftskommission

Deutschland enthält sich der Stimme

In der Sitzung der zweiten Unterkommission der Wirtschaftskommission wurde eine die gewerblichen Schutzrechte betreffende Bestimmung der Londoner Sachverständigenvorschlüge beraten, wonach im allgemeinen die durch Krieg und Revolution beeinträchtigten Schutzrechte wieder hergestellt werden, wonach aber die zu Ungunsten Deutschlands im Versailler Vertrage vorgesehenen Ausnahmen von diesem Grundgesetz bestehen sollen.

Die deutsche Delegation hat in dieser Sitzung die Erklärung abgegeben, daß sie dem Grundgedanken der Bestimmung, der Wiederherstellung aller der durch den Krieg betroffenen Rechte, nur zustimmen könne, daß sie es aber gerade deshalb nicht für gerechtfertigt halte, wenn Deutschland hierbei durch den Vorbehalt des Versailler Vertrages einseitig zu seinen Ungunsten differenziert werde. Da sich die Kommission jedoch nicht für zuständig hielt, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erörtern, blieben der deutschen Delegation nichts übrig, als sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten. Der österreichische Vertreter schloß sich dieser Erklärung an.

Die Rappisten

Von Franz Künstler

„Nur um ein von Pflicht und Gewissen mir auferlegtes Gebot erfüllen zu können, begeben ich mich unter Aufgabe meines Asyls aus freiem Entschluß in den Machtbereich der zeitigen deutschen Gewalthaber. Nach Erledigung meiner persönlichen Angelegenheiten treffe ich Ende April in Deutschland ein.“

So der „Agl. preussische Wirkliche Geheime Oberregierungsrat“ Dr. Wolfgang Rapp, der „deutscheste“ aller „Reichskanzler“ an das deutsche Reichsgericht in Leipzig. Am Ostermontag ist, wie bereits die Zeitungen berichtet haben, die „königl. Exzellenz“ Rapp beim Betreten des deutschen Bodens in Sahnitz auf Klagen von Leipziger Kriminalbeamten festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis des Reichsgerichts — pardon die Universitätsklinik in Leipzig — eingeliefert worden.

Endlich hat für unsere republikanischen Richter die Stunde geschlagen, wo all denen, die von einer im neuen Deutschland bestehenden Klassenjustiz sprechen, das Kästchen gestopft werden kann. Der Pflichterfüller und das erhabene Gefühl, wieder einmal Gelegenheit zu haben, für die Sicherheit der Republik und ihre Verfassung einzutreten zu können, wird noch durch die sichere Erwartung erhöht, daß der Herr Reichspräsident bei seinem nächsten Besuch in Leipzig es nicht unterlassen wird, im Namen der Reichsleitung dem höchsten Gerichtshof des Reiches Daul und Anerkennung zu spenden und wie bei seinem aus Anlaß der Leipziger Messe getätigten Besuch wieder fordern wird: „Respekt vor dem Reichsgericht!“

Der in seinen Zeitungen für die „radikale nationale Wiedergeburt unseres Vaterlandes“ eintretende Herr Wulle, nach dem Urteil aller völkischen Sachverständigen „der edelste und reinste aller Germanen“, wird nichts unterlassen, die großen und edlen Eigenschaften des Dreitagelanzlers dem aufstrebenden Volke vorzutragen. Aus könnte eigentlich die Person Rapp ganz gleichgültig sein. Fähigkeiten und politische Weisheit, den man auch bei einem Gegner achten soll, hat dieser Mann nie beissen.

Aber das ist es ja gerade, was unsere Alldeutschen anspricht, daß sie in Ermangelung politischen Wissens und Könnens die struppellosesten politischen Schieber sind. Zählte doch Rapp im Bunde mit dem Leipziger Rechtsanwalt Glag zu jener Fronde von Heimkriegern und Durchhaltepolitikern, die alle Mienen springen ließen zum Sturze des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg. In dem Kreis jener tapferen Männer um Rapp und Reventlow stand der unzulängliche Kanzler in Verdacht, einem Verständigungsfrieden auf der Basis des *status quo ante* geneigt zu sein. Dies war natürlich in den Augen des Alldeutschen Verbandes und der Vaterlandspartei das größte Verbrechen.

Die Durraclique, die heute am lautesten in Protesten macht gegen den Schmach- und Gewaltfrieden, ist dieselbe, die während des Krieges, als das Volk bereits am Verhungern war, jeden als Verräter hempelte, der durch einen Verständigungsfrieden sein Volk vor dem völligen Untergang bewahren wollte, ist dieselbe, die über ihren Vänderhungen im Osten und Westen vergaß, daß das Frontheer mit leerem Magen und Tornister, mit Holzjocheln und -Abfällen unter den Stiefeln, unfähig war zu ernst militärischen Operationen. Trotzdem sollte der Erbfaß, nach dem Willen jener Politiker, durch einen deutschen Siegfrieden einen schwarz-weiß-roten Anstrich bekommen. In dieser Gesellschaft spielte Herr Rapp die erste Geige und er hat nicht wenig dazu beigetragen, daß mit Hilfe der Militärs unter Führung Ludendorffs und seines Trabanten Bauer der Reichskanzler Bethmann zu Fall gebracht wurde.

Wenn heute weite Kreise unseres Volkes abermals einer nationalistischen Propaganda und Demagogie zu erliegen drohen, so muß all denen die Maske vom Gesicht gerissen werden, die die Not und das Elend in Deutschland für ihre konterrevolutionären monarchistischen Zwecke auszunutzen wollen. Unsere Mutterpatrioten haben der Entente ja im Kriege direkt die Stützworte geliefert für ihre späteren Forderungen an das besiegte Deutschland. Im Jahre 1917 ist im Verlag von Lehmann in München eine Broschüre des Herrn Glag, betitelt: „Zum deutschen Kriegsziele“, erschienen, in der er von dem zu erstrebenden Frieden sagt:

„Dann bleibt nichts anderes übrig, als ihn dadurch tauglich zu machen, daß wir das

Friedensvertrag mit Frankreich wäre auszumachen, daß dieses die Bewohner der abgetretenen Landstriche in sein verbleibendes Gebiet übernimmt, dort wiederum leibhaftig macht und auf französische Kosten entschädigt. Auf Seite 89 fordert er, daß das so entvölkerte Nordfrankreich von gedienten Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren angesiedelt werden soll. Trotz der in dieser Forderung liegenden Hoheit und Gemeinheit gegenüber einem kulturreichen, hat es den „edelmpfindenden, christlichen Elak“ nicht abgehalten, wiederholt in der „Deutschen Zeitung“ gegen den „Schmach- und Gewaltfrieden“ zu protestieren, den Land ohne Bewohrer erwerben, d. h. im die Entente Deutschland auferlegt hat. Wirklich, der richtige Wortführer des deutschen Volkes!

Der alldeutsche Daniel Frymann, auf den sich auch Herr Elak in seiner Broschüre beruft, sprach in seinem Buche „Wenn ich der Kaiser wäre“ ruhig und gelassen von einer Revolution, wenn nicht alles so gehe, wie es die Alldeutschen wünschten. Als Wilhelm II. den Großadmiral Tirpitz gehen ließ, sprach man in alldeutschen Offizierskreisen von dem Hohenzollernklub als dem „Schwefelbündel“ und wünschte, daß er „einen Kopf kürzer gemacht“ würde. Besseres vorstehender Ari könnte man noch zahlreicher ergänzen, doch genügen sie, um darüber Klarheit zu bringen, wie groß die Heuchelei der „teutonischen“ Gesellschaft ist, die sich jetzt so monarchistisch geriert. Wilhelm II., der selbst in höchsten Kreisen als ein nicht ganz normal veranlagter Mensch angesehen wurde, ist heute das Aushänge- und Reklamemerkmal für die reaktionären Absichten der alldeutschen Clique zur Wiederherstellung der alten Privilegienwirtschaft. Diese Agitation wird auch in Arbeiterkreisen betrieben und man versucht, dem Proletariat einzureden, die traurige soziale Lage des schaffenden Volkes sei lediglich der Willkür der Franzosen, Briten und Belgier zuzuschreiben, nur ein neuer Krieg könne und werde eine Besserung herbeiführen. Dieser Propaganda muß energisch entgegengetreten und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß mit dem Auftreten der alldeutschen Propaganda die lebhafteste Empörung in Europa gegen Deutschland eingesetzt hat und von da ab der Ring um Deutschland sich immer dichter schloß, bis der Krieg und der Zusammenbruch unvermeidlich wurde, daß deshalb diejenigen kein Recht haben, sich moralisch und sittlich zu entlasten über die Verträge von Versailles, Trianon usw., die im Falle des deutschen Sieges die ganze Welt als ein pangermanistisches Reich ausbauen wollten.

Diese wenigen Andeutungen mögen den Arbeitern wieder erinnern an die wahren Schuldigen an dem Unglück Deutschlands. Keine noch so stark betriebene nationalistische und monarchistische Agitation wird das vergessen machen können, und all die Männer vom Schlage eines Rapp werden künftig nur die Rolle von politischen Marionetten spielen.

Polizei oder Militär?

Uns geht die Zuschrift eines Polizeibeamten aus Mitteldeutschland zu, die sehr bezeichnend ist für das Erwachen des Klassenbewußtseins auch in der Schupo.

Der Briefschreiber weist auf die Hinterlist und Heimtücke hin, mit der gegen die republikanischen Beamten vorgegangen wird. Die höchsten Stellen arbeiteten mit Denunzianten und Spitzeln und züchteten dadurch eine widerwärtige Kriecherei und Angeberei. Auf Grund dieser dunklen Berichte sollten dann die Hunderttausenden gefoltert und verkleinert, und jeder „Verdächtige“ würde auf dem Disziplinarrösch ohne Entschädigung entlassen, so daß das Beamtenrecht für die Polizei auf dem Papier blühte. Jeder schlechte Krach sollte als Verleumdung auf ein Republikaner polizeiumtauglich sei, während den Offizieren alles durch-

Neue Dramen

Alfred Brust — Ch. Bildrac

Weder Alfred Brust schreibe ich aus verschiedenen Gründen erst heute, am ersten Tag nach der Aufführung des „Singen den Fisches“. Was ist von dem Morgen im Deutschen Theater übriggeblieben?

Eine kleine Szene am Ende des ersten Aktes, in der ein von Schweden an die kurtische Regierung geworfener Fischer langsam, mit Pausen, den Blick auf Anatolie geheset, die Legende vom Singenden Fisch erzählt. Der Fisch, der die Hellsandsee trägt, hat einen Ton zu singen. Diesen Ton singt er, wenn er sich nach seiner Mutter Maria sehnt. Nur die Frau, die die Mariensee trägt, hört den singenden Fisch und wird stark für ihren schweren Berg.

Von dieser kurzen Erzählung, die auf der Bühne kaum fünf Minuten dauert, ging am meisten Suggestion aus. Das bezeugt zunächst, daß Brust ein Talent als Erzähler mystischer Stoffe ist. Seine kurzen Legenden haben nicht die geistreiche Naivität literarischer Neu-Mystiker, sie verbergen zwar nicht die Geistesfreiheit des Dichters, aber sie beherrschen durch einen wie aus der Ferne kommenden Ton und durch die meist sehr fesselnde und überlegene Sprechweise, von der aus auf die ganze Erzählung ein merkwürdiges Licht zurückfällt.

Zum Dramatiker gehört allerdings mehr. Dieses „Mehr“ fehlt Brust in allen Dramen, die ich von ihm kenne. Dieses „Mehr“ ist die Kraft, Menschen sprechen und handeln zu lassen. Während Brust in anderen Dramen einigen Figuren einen Schimmer mystischer Landfremdheit gibt, leben weder die Legendenhaften noch die landstammigen Gestalten des Singenden Fisches. Sie sprechen eine überbewusste, intellektuell-literarische, geistlich-selbstgefällige Sprache und ihre Kraftlosigkeit wird augenfällig, wenn Brust durch Kraft-melerei Vollständigkeit zu geben versucht. Das Entschiedenste ist aber für mich, daß in jener Szene, in der Anatolie am Schwere kämpft, um ihre Keuschheit zu bewahren und auf der Höhe der Szene den Singenden Fisch zu hören vermeint, wir selbst ihn nicht hören. Es fehlt die seelische Kraft, die auch den Gesang des Fisches für uns klingend machen soll.

Die Aufführung war die erste Veranstaltung der Gesellschaft „Heute und Morgen“. Wenn man dieser Gesellschaft und allen folgenden einen Rat geben darf, wäre es der, sofort den Vaden zu schließen. Für literarische Sonderaufführungen genügt die Volkshöhle (der man verwehrt hat, den Singenden Fisch zu spielen) vollaus. Ihr literarischer Ballus ist entwicklungsunfähig und hat ein Publikum. Diese Theater-gesellschaften haben es nicht, denn Brust wurde vor etwa 61

gelassen würde. Die schlimmste Strafe für das Vergehen eines Offiziers sei Beförderung nach einer anderen Stadt.

Demgegenüber gibt die Zuschrift nur einen Ausweg: die Schupo-Beamten dürfen sich nicht länger blaffen lassen, daß die Demokratisierung ein Werk der oberen Beamten sein könne. Gegenwärtig hätten sie nur Beamtenpflichten, da ihre Rechte durch die Disziplinardisziplinen völlig illusorisch gemacht würden. Sie müßten heraus aus der Bevormundung der Harmonieorganisationen und hin zu den Verbänden, die wirklich dafür eintreten, daß sie Beamte nicht nur im Sinne des Strafgesetzbuches, sondern im Sinne des bürgerlichen Rechts seien. Es sei nicht die Aufgabe der Schupo wie gelegentlich des letzten Eisenbahnstreiks Gewehr bei Fuß als Streikbrechergarde zu dienen. In erster Linie sei die Entfernung der militärischen Offiziere nötig, die erbitterte Feinde der Republik seien.

„Das Erwachen des Klassenbewußtseins“, so schließt der Brief, „das Gefühl, daß auch die Polizeibeamten „nur“ Proletarier und Arbeiter sind ist erst der Beginn des wahren Beamtenums, in der Beginn des Menschentums überhaupt.“

Genau wie früher

Kein Koalitionsrecht für die Schupopolizisten

Unter dem alten Regime war den Polizeibeamten das Koalitionsrecht vorenthalten. Höchstens Kriegervereinen oder ähnlichen patriotischen Organisationen durften sie sich mit anschließen, unter keinen Umständen aber einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung, die auch nur entfernt einer Gewerkschaft ähnlich sah. Die Wahrung ihrer Berufsinteressen erfolgte nur in einer von ihren Vorgesetzten gebilligten Form, wobei hauptsächlich auf die berufliche „Ehre“ und ähnlichen Sums Wert gelegt und die patriotische Gesinnung gehörig gepflegt ward.

Seit der Revolution ist darin ein Wandel eingetreten, und auch die Weimarer Verfassung gewährleistet das Koalitionsrecht ganz allgemein, also auch das Koalitionsrecht der Beamten. Einzelne Polizeioffiziere scheinen allerdings anderer Ansicht zu sein, ihnen ist das Verhältnis, wie es im alten Obrigkeitsstaate herrschte, heute noch gute Tradition. Und sie verfahren demgemäß. So beispielsweise der Polizeimajor Witte, der stellvertretende Abteilungsleiter der Luftfahrtüberwachungs-Abteilung. Als nämlich, wie dem „Vorwärts“ geschrieben wird, ein gewerkschaftlich organisierter Schupopolizist zu seiner Abteilung veretzt wurde, besah er am 16. März die Offiziere, Haupt- und Oberwachmeister zu einer Besprechung und sagte ihnen etwa folgendes: „Soweit ich informiert bin, gehört kein Beamter der Abteilung irgendeinem Verbands- oder Verein an. Wir haben nun einen herbeikommen, der im Verband ist. Er ist schon vom Kommandeur mit einem strengen Verweis bestraft worden und wird wohl nicht ganz unschuldig sein. Wir sind keine Strafabteilung! Sie müssen besonders darauf achten und uns unterstützen!“

Kurz darauf erstattete dann dieser selbe Polizeimajor Witte an die vorgeordnete Dienststelle die folgende Meldung:

Kommando der Schupopolizei,
Abt. H. Tab. Nr. ...

Berlin, den 19. April 1922.

U.
Der Abteilung Z 2b zurückgereicht.

Die Luftfahrtüberwachungsabteilung bittet, den Polizeiwachmeister Adolf B. aus dem Dienst der Schupopolizei zu entlassen, weil er

1. trotz des ausdrücklichen Verbotes eine Verbandsversammlung bezw. -besprechung einberufen hat, trotzdem er erst vor kurzem wegen des gleichen Vergehens bestraft worden mußte und bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen wurde, daß er bei einem weiteren Verstoß sofort entlassen würde.
2. wegen Verbreitung einer Flugchrift, in der gegen den Referentenwurf des MdJ. in hegerischer Weise Stellung genommen wird und

Freiartenbestimmern gespielt. Die Aufführung unter Bernhard Reich hatte einen guten ersten Akt. Vom zweiten ab zerfiel sie. Roma Bahn bot der Anatolie mit einem zarten Profil, verwundernden Augen und einer schmeichelhaften Stimme gutes, aber nicht gehaltenes Material. Der feisame Fremde war mit Dieterle falsch besetzt. Dieser Fragkrom ist ein Johannes der Täufer, aber kein von Schweden her verirrter Stilkäufer.

Jede literarische Revolution beginnt in Deutschland bei der Form, in Frankreich bei der Idee. Der Geist ändert sich bei uns nicht. — leider, die Form ändert sich in Frankreich, wenn die Kultur als Ganzes es verlangt.

Die Rolle, die Charles Bildrac in Frankreich spielt, kann ich nicht gut beschreiben. Die Gedichte dieses neuen in Frankreich schon führenden Dichters sind schöne Beweise dafür, daß der Geist der Menschlichkeit und der schaffensfreudigen Lebensbejahung (bei uns eine Ausnahme), in Frankreich die typische Lebensgestaltung der neuen Generation ist. Ein Gedicht von Bildrac stellt z. B. Europa als einen Baum dar mit zerrissenem Leib.

Der Wipfel brach, doch steil noch ragt sein Stamm.
All deine Denker verderben am eigenen Werk.
Der Baum erhebt sich und grünt wieder und sendet allen
Astern saftiges Leben. Solche Gedichte schreiben unsere deutschen Dichter selten. Oder sie sind vor lauter Literatentum nur einer kleinen Jungs fremdwortbesitzer verhandelt.

Bildrac behandelt in seinem Schauspiel „Das Vakettboot Tenacity“, das die Kommerstage aufführten, nicht direkt den Krieg, aber er setzt ihn voraus und zieht aus der Stimmung jener jungen Männer, die ihn überlebt haben und nun ein neues Dasein suchen, die Idee seines gleichnamigen Stückes. Denn erst der Krieg macht uns die Stimmung von Vakett und Segard verständlich, die, müde, immer nur ein Spielball des Unternehmers oder des Staates zu sein, gemeinsam auf dem Vakettboot Tenacity (Beharrlichkeit) nach Kanada wollen, um sich anzusiedeln und sich unabhängig zu machen. Im Abfahrthafen einer kleinen Schenke sitzen beide während eines Malchinendefests fest. Segard liebt die Kellnerin des Gasthauses, aber er wagt nicht mehr, als ihr die Haare zu freichel. Vakett liebt sie und nimmt sie; aber zuletzt nimmt sie ihn, beide brennen nachts durch, irgendwohin in ein französisches Nest, während Segard alleine in seine Zukunft fährt.

Bildrac sympathisiert nicht mit Vakett, der der Sklave seiner Dämme ist, und glaubt, sich im Rausch ein Leben schaffen zu können. Der härtere ist für ihn Segard, der zwar ganz enttäuscht und verächtelt auf der Bühne steht, aber an seinem ursprünglichen Ziele festhält, und wie wir ahnen,

3. wie zu 1 in den Unterkunftsräumen der Abstellung zum wiederholten Male Einladungen zu einer Versammlung verteilt hat.

J. B.: ges. Witte, Polizeimajor.

Die Polizeibeamten haben das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen und haben ebenso selbstverständlich das Recht, zu gewerkschaftlichen Versammlungen einzuladen. Lediglich parteipolitische Propaganda innerhalb der Diensträume ist ihnen untersagt. Der Polizeiwachmeister B. hat sich demnach durch die Einberufung einer Verbandsversammlung seines Verbandes eines Vergehens schuldig gemacht. Trotzdem beantragt der Polizeimajor Witte seine Entlassung. Entweder kennt Witte die Verfassung nicht, oder aber er kennt sie und handelt bewußt gegen die Verfassung. In beiden Fällen ist er für seinen Posten völlig ungeeignet. Will der preussische Polizeiminister Severing nicht den Glauben erwecken, daß er solche ungeeignete Polizeioffiziere deckt, so muß er dafür sorgen, daß Polizeimajor Witte schleunigst aus dem Dienst entlassen wird. Von Severing allerdings darf man nach seinem bisherigen Verhalten einen solchen Schritt nicht erwarten.

Es war wieder nichts

Durch die bürgerliche Presse liefen in den letzten Tagen wiederholt Berichte über unverantwortliche Kasenföhrung bei verschiedenen Amtstellen der tatsächlichen inneren Verwaltung. Natürlich war an diesen Missetätigen, nach den Angaben der nationalen Presse, nur die unter der sozialistischen Regierung eingeriffene Miswirtschaft schuld. Dieran wurden allerhand Kommentare über die Bestechlichkeit und Unfähigkeit der durch das neue Regime an die Oberflüche geschwenkten zweifelhaften Elemente und über die Unbestechlichkeit und Tadellosigkeit der alten, früheren Beamten geknüpft. Mit diesen Bemerkungen haben sich die Presseorgane arg in die Nesseln gesetzt. Wie sich nämlich herausstellt, ist keiner der an den Verfehlungen beteiligten Beamten ein Sozialist. Vielmehr gehören sie samt und sonders zu den „alten, ehrlichen und tadellosen“ Beamten, die der besondere Stolz des früheren Obrigkeitstaates und der nationalistischen Presse waren. Ja, es ergab sich, daß die Dienststellen, bei denen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, vollkommen sozialistisch rein waren. Zwei dieser „tadellosen Schöpfung“ der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Arenzzeitung“ haben mittlerweile Selbstmord begangen.

Abermals Waffenfunde

Der Aufdeckung eines militärischen Ausdrückungslagers in Belgizig (Marx), worüber wir gestern berichtet haben, ist das Auffinden eines großen Waffensagers in Leipzig gefolgt. Auf einem Grundstück in der Nonnengasse beschlagnahmt die Kriminalpolizei ein schweres und ein leichtes Maschinengewehr, zehn Infanteriegewehre, eine Riste Handgranaten und einen Polken Maschinengewehrmunition. Zwei junge Kausleute, die beauftragt waren, das Material wegzuschaffen, wurden verhaftet. Die Nachforschungen ergaben, daß außerdem ein Leipziger Zahnarzt, ein Kaufmann und wahrscheinlich noch andere Personen beteiligt sind. Die ermittelten Personen wurden festgenommen und der Leipziger Staatsanwaltschaft zugeführt.

Keine Verschiebung

In der Morgenansgabe der „Freiheit“ vom Freitag hatten wir an eine Erklärung des russischen Volkskommissars für Justizwesen, wonach man sich an die von der Russischen Kommunistischen Partei auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen übernommene Verpflichtung, keine Todesstrafen gegen die vor Gericht gestellten Sozialrevolutionäre zu verhängen, nicht halten werde, die Bemerkung geknüpft, daß darin ein Verstoß gegen Treu und Glauben liege. In der „Roten Fahne“ sucht nun R. Kadek diesen Vorwurf zu entkräften, indem er darauf hinweist, daß sowohl das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen

es auch erreichen wird. Das Schöne spricht die durch und durch so sozialem Gefühl gewordene Menschlichkeit des Dichters aus. Er kennt die Dunkelheit der menschlichen Seele, er verachtet sie durchaus nicht, aber er weiß, daß nur die beharrliche und doch von Liebe umflungene Arbeit für ein festes Ziel dem Opfer des Krieges, Europa, ein neues Leben schaffen wird. Sollten nicht die Arbeiter in diesem Stück eine Wahrheit finden, die für alle gültig ist?

Die Wirkung war nicht sehr groß, weil das Stück für die Bühne zu leicht ist. Schade, daß Bildrac keine Novelle daraus gemacht hat. Es wäre ohne Zweifel ein kleines Meisterwerk. Die Aufführung leitete Ivan Schmitz mit seinem bekannten Tempo, das keine Nuancen und keine Unterschiede in der Weltliteratur zu kennen scheint. Schauspielersich war das Schöne die feinsche Jungenschaftigkeit von Hans Brausewetter. Nur war er ein Junge aus guter Familie und kein Arbeiter. Die Idee des Stückes kam daher sentimental aber nicht sozial heraus. In die Kommerstage gehört das Stück überhaupt nicht, am besten ins Neue Volkstheater.

Der Traum ein Leben

Theater am Bälowplatz

Die Volkshöhle feiert ihr ruhmreiches Spieljahr mit Grillparzers Schauspiel „Der Traum ein Leben“ fort. Auch dieser Griff in die Vergangenheit war gut. Das Stück ist seit langem nicht gegeben worden und die Mitglieder der Volkshöhle lernen Grillparzer von seiner, nun sagen wir, am wenigstens langweiligen Seite kennen.

Wenn die Deutschen Grillparzer zu den Klassikern zählen, so nur deswegen, weil Grillparzer sich in seinem künstlerischen Willen den Klassikern angeschlossen hat, aber nicht weil er Großes in klarer Kunst dargestellt hat. Grillparzer ist der unmisslichste aller deutschen Dramatiker, seine Sprache hat keinen Klang, sein Wort ist kraftlos, seine Verse sind fast immer schlecht, seine Gedanken sind unbedeutend, seine Personen weitenlos — und nur seine Fähigkeit, auch einen großen Stoff zu weihern, die Handlung dramatisch zu steigern, durch intime menschliche Sätze zu fesseln, rettet sein Werk wohl bis auf weiteres vor dem Vergessen. Grillparzer, wie es meist üblich ist, als größtes österreichisches Dichter zu bezeichnen, ist jedenfalls ein Unfug. Raimund ist ein ganz unwehbares Genie gegen Grillparzer und auch Reston hat mehr Originalität und Geist in einem einzigen Stück, als Grillparzer in allen zusammenkommen. Wenn auch nicht der größte Dichter, so ist Grillparzer jedenfalls Desterreicher. Das bezeugt auch sein

Partei als auch das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale die Berliner Vereinbarung aufgeben hat. Sometil. Aber Nabel nimmt trotzdem für die russischen Tribunale das Recht in Anspruch, Todesurteile auszusprechen, ja er bezeichnet sogar eine Stellungnahme zugunsten der Sozialrevolutionäre als eine Hege gegen die Sowjetrepublik und gegen deren Bestand. Diese Logik ist ebenso brüchig, wie die andere Behauptung falsch ist, daß den Sozialrevolutionären in den russischen Gefängnissen noch kein Haar gekrümmt worden sei. Karl Nabel hat einmal in deutschen Gefängnissen gesessen. Aber er wird kaum der Aufzählung sein, daß ihm damals kein Haar gekrümmt worden ist und daß er vielleicht von Nooke und Weismann nur feiner Erholung halber in Moabit festgehalten worden ist.

Die Tarifverträge in den Junkerdomänen

Die ostpreussischen Junker versuchen mit allen Mitteln, die Organisation der Landarbeiter zu zertrümmern. Zu diesem Zweck ist in Pommern ein gelber Landarbeiterverband gegründet worden, mit dem Tarifverträge vereinbart werden. Dem Abschluß von Tarifen mit dem deutschen Landarbeiterverband setzt man den größten Widerstand entgegen. Von Regierungskreisen ist versucht worden, diese Tarife für allgemein verbindlich zu erklären. Da hat aber das Oberlandesgericht in Stettin eine für die Agrarier günstige Entscheidung getroffen.

Triumphierend teilt die „Kreuz-Zeitung“ in Nummer 155 mit, daß sich durch Urteil vom 18. Februar 1922 das Oberlandesgericht Stettin erneut auf den vom Pommerschen Landbund vertretenen Standpunkt gestellt habe, daß weder den Regierungskreisen als Demobilisierungskommissar noch dem Reichsarbeitsminister das Recht zustehe, Schiedsprüche, welche den Tarifvertrag zum Inhalt haben, für verbindlich, noch allgemein verbindlich zu erklären. Damit habe abermals eine Klage ihre Abweisung gefunden, auf welche die Gewerkschaften, insbesondere der Deutsche Landarbeiterverband, größte Hoffnungen für ihre Mitglieder gesetzt hätten, um die durch Schiedsprüche und Schlichtungsaußschüsse festgesetzten und vom Demobilisierungskommissar bzw. Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Bezüge in vollem Umfange zu führen zu können. Da das Urteil von der obersten Provinzialbehörde als Revisioninstanz gefällt worden und der Deutsche Landarbeiterverband außerdem in zwei Fällen in der gleichen Angelegenheit abgewiesen worden sei, hofft die „Kreuz-Zeitung“, daß diese Streitfrage ein für allemal ihre Entscheidung gefunden habe und zum mindesten für Pommern nicht mehr an der Frage gerüttelt würde, daß weder durch eine Verbindlichkeitsklärung des Demobilisierungskommissars oder eine allgemeine Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministeriums eine rechtlose Verbindlichkeit eines Tarifvertrages herbeigeführt werden könne.

Hier sieht man, wohin der Kurs geht. Die hohen Gerichte fallen der Regierung in den Arm, wenn diese versucht, den Tarifverträgen Geltung zu verschaffen. Diese Gerichte legen sich ja aus Mitgliedern zusammen, die zum Teil aus der Junkerklasse stammen, zum Teil ihnen verwandtschaftlich oder gesellschaftlich sehr nahe stehen. Da braucht man sich über solche Entscheidungen nicht zu wundern. Sache der Gesetzgebung ist es, die Rechte für die Arbeiterklasse so zu gestalten, daß die Gerichtshöfe sie ihnen nicht schmälern oder nehmen können. Auf diesen Reichstag darf man freilich große Hoffnungen nicht legen.

„Ueberwindung“ des Streikgedankens

Die Vertreter des Verbandes der Landesversicherungsbeamten Deutschlands tagen in Berlin. Am ersten Tage der Verhandlung sprach über die zukünftige Gestaltung der Beamtenbeschäftigung und wichtige Beamtenfragen Ministerialrat Falkenberg vom Deutschen Beamtenbund. Zur Frage des Streiks betonte der Redner, daß jeder Streik eine Schädigung der Volksgemeinschaft darstelle und daß deshalb versucht werden müsse, den Streikgedanken nicht nur bei den

„Traum ein Leben“, ein Schauspiel, an dem Grillparzer viele Jahre gearbeitet hat und das dadurch immer mehr von der Resignation des vormärzlichen Österreich in sich aufnahm.

Der Traum, den Nuhun, der Neffe eines reichen Landmannes, träumt, zeigt ihm das Leben aus der Perspektive eines vornehmen Kleinbürgertums, also nicht einmal aus der eigenen, sondern aus der von Grillparzer, Nuhun will ausziehen, um Abenteuer zu erleben, Königsstöcher zu spielen, Reiche zu schirmen, um das Märchen aller Ferne in seinen Taten zu verwirklichen. Am Abend, bevor er auszieht, legt er sich schlafen, und nun träumt er...

Er träumt, wie er durch Äde und Nord an einen Königsstocher kommt, wie er, in neue Lagen und neuen Nord verstrickt, zum Despoten wird und immer verworfener das Böse tut, um sich erhalten zu können. Verirrt von seinem Hais, gestürzt von seinem Dol, entwirrt er, umher über die Brücke, über die er mit seinem ersten Worte ins Leben dieser Welt eingedrungen ist. Da wird es Tag, er erwacht und hat genug vom Reiten, vom Kämpfen, vom abenteuerlichen Leben. Zu Hause bleiben und Knädel essen, das ist Grillparzers Weisheit letzter Schluss. So darf man wohl mit Goethe sagen, denen der Traum ein Leben, soll Grillparzers „Traum“ sein. Wie Hank von Neuhof, wird Nuhun von einem Knechtflaven Janga zu Abenteurern verführt und im Traum ist es Janga, der Nuhun zu Nord und Untat lockt und ins Verderben zieht. Aber dem bösen Willen Janga steht in Nuhun kein Hindernis gegenüber, der sich in der Gestalt, in der Erscheinung einer besseren Wirklichkeit eine Aufgabe stellt. Nur Grillparzer wie für den Kleinbürger überhaupt, ist das politische Leben die Domäne des Gottesanbeters, und jeder Versuch des einfachen Menschen, in dieser Schöpfung zu wirken, kann nur Kauderwätsch zur Folge haben. Es steht fest, daß Grillparzer bei seinem Nuhun, der über so viele Verbrechen hinweg Herrscher des Landes wird, an Napoleon gedacht hat. Für den Dichter des Neiterischen Heiligtums war Napoleon ja auch nur ein Verbrecher, den nichts als Nordluft durch die Länder trieb. (Für die meisten Deutschen heute noch.)

Die Stärke von Grillparzers Schauspiel besteht in seinem heftig bewegten und farbigen Leben, — nicht in der Kraft der Figuren. Die Mollen sind nur Umrisse, die ausfallenden, starken schauspielerischen Kräfte obliegen. In der Aufführung der Volksbühne verlor sich Richard Nevy zu zeigen, in welchem Maße er imstande sein würde, Janga's Fehling zu erleben. Sagen wir es gleich: es ist kein voller Erfolg, aber ein diskutabler. Während Fehling es verstanden hatte, aus dem scheiternden Ensemble der Volksbühne immer neue und überraschende Individualitäten herauszuholen, war die Volksbühne unter Nevy sofort wieder schauspielerisch verarmt. Was Fehling wie durch ein Bun-

Beamten, sondern bei allen Arbeitern von innen heraus zu überwinden. Hoffentlich lehnen die Beamten diese Behauptungen ab. In der kapitalistischen Wirtschaft ist für die Lohn- und Gehaltsempfänger das Streikrecht ein wichtiges Recht, das sie unbedingt haben müssen.

Mairechtsraub in Bremen

Bremen, 22. April.

In der gestrigen Sitzung der Bremer Bürgererschaft ist es durch provozierendes und verfassungsbrecherisches Auftreten der bürgerlichen Fraktionen zu unerhörten Lärm- und Tumulten gekommen. Anlaß dazu gab ein von den Demokraten eingebrachter Antrag, betreffend Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag im Bremer Staatsgebiet. Diesen die Arbeitererschaft aufs höchste provozierenden Antrag wollten die bürgerlichen Fraktionen mit aller ihnen zu Gebote stehenden Gewalt durchdrücken, obwohl die Linke des Hauses nachdrücklich sich gegen die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit der Behandlung dieser Angelegenheit wandte und eine gründliche Prüfung der Frage verlangte. Die bürgerlichen Fraktionen ließen sich auf diesen Antrag gar nicht ein. Sie wollten die Abschaffung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag um jeden Preis durchdrücken, um noch zu diesem 1. Mai den Trumpf zu haben, daß die Arbeitererschaft eines ihrer durch die Revolution erworbenen Rechte wieder beraubt ist. So vergewaltigte der Präsident die Bürgererschaft unter Mithilfe der Rechtsparcieen nicht nur die Geschäftsordnung des Parlaments, sondern würgte auch die Debatte ab und ließ die sozialistischen Parteien nicht zu Worte kommen, und ließ zuletzt auch, vollkommen verfassungswidrig, über die Vorlage abstimmen. Die Empörung der Linken liegt durch dieses Vorgehen aufs äußerste, so daß es zu minutenlang anhaltenden Sturmruufen kam, zumal ein kommunistisches Bürgerchaftsmitglied von einem bürgerlichen Abgeordneten tätlich angegriffen worden war. Die bürgerlichen Parteien ließen nach ihren Verewaltigungsdiäten den Sitzungsaal. Die sozialistischen Abgeordneten brachten zum Ausdruck, daß die gesetzlichen Beschlüsse verfassungswidrig zu sein gekommen und damit die Aufhebung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag ungültig ist.

Der internationale Gewerkschaftskongress

Sonderbericht des „Jutel“

Rom, 22. April.

Die gestrige Debatte beschäftigte sich mit den vom Büro erstatteten Bericht. Als erster ergriff Tarnow, Deutsch-land das Wort und erklärte, daß der Durchführung der „großen Aktionen“, z. B. der Durchführung des Boykotts gegen Ungarn, vom Internationalen Gewerkschaftsbunde nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Gimmern verteidigte den Gewerkschaftsbund gegen diesen Vorwurf, indem er darauf hinwies, daß es sich hier um die erste große Aktion der Arbeiter der Welt gegen eine Regierung gehandelt habe. Wenn dieser Boykott gegen den weißen Terror auch nur einen Scheinerfolg zeitigte, so war er doch eine großartige Demonstration. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Nachkriegszeit an die Arbeitererschaft bedeutend größere Aufgaben gestellt habe als die Vorkriegszeit.

Es genüge nicht, im Gewerkschaftsbunde für die Besserung der wirtschaftlichen Lage einzutreten, man müsse sich auch der großen politischen Aufgaben, die seiner harrten, bemußt sein.

Gimmern hofft, daß der Kongress dem Büro weitestgehende Vollmachten für die Durchführung solcher großangelegten Aktionen geben werde. Zu wähl. Polen wendet sich gegen die Aktionen des Gewerkschaftsbundes, die die Beförderung von Munition und Waffen für Polen verhindern, und beschwert sich über die Stellungnahme des Londoner Gewerkschaftsbundes 1920, die sich auf fassche Vorandlungen gestützt hätte. Gimmern antwortet, daß jene Aktionen nicht gegen Polen, sondern gegen die Entente, die

der verabredet hatte, war unter Nevy wieder graue und reizlose Kermisheit. Keine einzige schauspielerische Leistung wachte. Nur der alte Landmann von Guido Herzfeld war in Ton und Gebärde eine Verflönerung der Grillparzerischen Figur.

Und trotzdem war es ein farbenreicher, fortziehender und spannender Abend. Nevy ist ein harter Regisseur der Farben und der Gebärden. Er verstand es, Nuhuns Traum wie ein wildes und dunkles Märchen aus Tausendundeine Nacht wie in eine Traumwelt zu versetzen, ohne die Handlung in eine Richtwirklichkeit zu verrücken. Es war eine flirrende Schlacht, ein Auf und Ab, in die wir gerissen wurden und nur wenn Nuhun, während er auf der Bühne handelt, in seinem Traum über sich köhnt, hätte dies härter herausgehoben werden sollen. Besonders Mary Dietrich als Königsstochter hatte die faszinierende Kraft einer traumhaften und prächtigen Gebärdenprache. Im großen Bogen verband sie die Bühnengestalten zu einer sonderbaren und eindringlichen Einheit. Ganz eigenartig war sie, wie sie Nuhun zu sich zog, ihr zu folgen. Es war eine schöne Schöpfung der Gebärde. Tonlich und feilsch war sie unzulänglich.

Die ganze Aufführung wurde ohne Pause gespielt, begleitet und vorwärtsgeritten von einer aus dem Geist der Regie geschaffenen zuckenden Traum- und Schlachtmusik Wolfgang Bellers, die die märchenhaften Ereignisse grell und spannend untermalte und in den Zwischenakten wie ein Trauma wirkte, aus dem das Bildhafte sich zurückgezogen hat. Trotzdem halte ich die pantomime Aufführung für einen Fehler. Grillparzers Werk hat nicht die geistige Spannkraft für ein solches Experiment. Der Beifall war trotz der großen Anforderungen an das Publikum härmlich, die Wirkung groß.

Ein freiwilliges Museum. In der stehenden französischen Anstaltschrift, der „Revue des Beau-arts“ macht Gustav Rahm den Vorschlag, ein freiwilliges Museum zu errichten, und der Tempel hat diesem Gedanken lebhaften Beifall geleistet. Die offizielsten Stellen, schreibt Rahm, erkennen die neuen Talente nicht rechtzeitig genug. Daher sind die Galerien, die selten zu einer Zeit laufen, da die Meister noch billig sind, später auf die Museen von Gönnern angewiesen. Hier möchte ein freiwilliges Museum einsehen. Ein enger Kreis von Kritikern, Künstlern und Vertretern des Staates hätte würdig befundene Künstler aufzufordern, eines ihrer besten Werke einzusenden, das dann ausgestellt wird. Nach ein paar Jahren kann der Verfertiger, der unterdessen durch die Tätigkeit der Ausstellung an hervorragender Stelle nicht unwesentlichen wirtschaftlichen Vorteil genossen hat, es zurückfordern und es durch ein anderes ersetzen. Eines auf jeden Fall wird Eigentum des Staates, der die Verpflichtung hat, es in den Luxemburg bzw. Louvre zu übernehmen.

neue Kräfte vorbereitet, gerichtet waren. Surked. Jugoslawien fordert die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes für jene Länder, in denen die Arbeiterbewegung nur schwach ist und fordert

für das Proletariat der Landwirtschaft die gleiche Berücksichtigung wie für das Proletariat der Industrie,

besonders aber in Rußland. Gimmern verspricht, hier Hilfe zu schaffen. Der Gewerkschaftsbund werde die Verpflichtung von 60000 Kindern aus jenen Gebieten übernehmen. Schürch-Schweiz befragte eine zu große Annäherung der Gewerkschaftsinternationale an Moskau und kritisiert heftig die Berliner Konferenz der drei Internationalen. Vor allem verlangt er Klärung darüber, ob die Linie zwischen der Internationale und Moskau den Vermittler gespielt habe. Es wird festgestellt, daß mit Moskau tatsächlich Verhandlungen stattgefunden haben, die zurzeit noch nicht beendet sind. Vektiro-Spanien erklärt, daß

die Aktion des Gewerkschaftsbundes gegen den weißen Terror in Spanien wirksam

gewesen sei und daß sich die Verhältnisse in Spanien gebessert haben. Nach ihm spricht d'Arragona-Italien, der die Faschistenfrage behandelt.

Anzufriedenheit mit Rußland in Paris

Paris, 21. April.

Der diplomatische Mitarbeiter des Cablogramme teilt mit, daß das russische Memorandum in den Regierungskreisen keinen günstigen Eindruck gemacht hat. Ein gewisser Fortschritt in den Verhandlungen ließe sich nicht leugnen, weil die Russen auf das System der Kompensationen verzichtet haben und ein System des bedingten Eigentums anerkennen. Die Forderung, die Sowjetregierung de jure anzuerkennen, habe jedoch an leitenden französischen Stellen verstimmt. In dieser Frage habe Poincaré Barthelemy sehr energische Instruktionen erteilt.

Die Anerkennung Rußlands

London, 21. April.

Reuter meldet, daß die de jure Anerkennung der Sowjetregierung nur noch als eine Frage der Zeit angesehen wird. Die Konferenz von Genua, meldet Reuter weiter, werde noch 14 Tage dauern.

Oesterreichs Schulden gestundet

Genua, 22. April.

Eine von den Alliierten einberufene Versammlung der Gläubigerstaaten Oesterreichs kam, auf Vorschlag des italienischen Vertreters Schanzer überein, Oesterreich alle Schulden für die Wiedergutmachung und Lebensmittelleistungen der Nachkriegszeit zu stunden, und für diese Zeit den österreichischen Staat auch von jeder Hypothek zu befreien, um diesem eine umfassende Aufnahme von Krediten zu gestatten.

Eine Stimme der Vernunft

In wohlthuendem Gegensatz zu der großen französischen Presse wagt es außer den sozialistischen Zeitungen nur ein einziges bürgerliches Blatt, die chauvinistische Hege gegen Deutschland und Rußland nicht mitzumachen und die Wahrheit zu sagen.

Der Sonderberichterstatter des „Deuvre“ schreibt zu der Protestnote, die der erste französische Delegierte in Genua, Barthelemy, an den Ministerpräsidenten Facta gegen die deutsche Antwortnote geschickt hat: Das alles geschieht, um unseren nationalen Blod zufriedenzustellen, der wirklich, wenn man seine Handlungen von etwas weiterher betrachtet, die Aufgabe zu haben scheint, unser Land lächerlich und vor der ganzen Welt verächtlich zu machen. Der Zwischenfall mit dem deutsch-russischen Abkommen war geregelt, aber Frankreich nimmt ihn wieder auf. Man braucht kein großer Mann zu sein, um vorauszuahnen, daß auch dieses Mal wieder die Einmütigkeit gegen uns sein wird, und daß diejenigen, die vor zwei Tagen gegen Deutschland geschrien haben, und morgen begreiflich machen werden, daß unsere Forderungen sie aufbringen. Was das russische Problem anlangt, so behandeln wir es genau so lächerlich. Die Russen waren bereit, in allen wesentlichen Fragen nachzugeben. Wir aber lassen keine Gelegenheit unbenutzt, den Volksemissen einen leichten Triumph zu sichern, der auf das Volk Eindruck macht. Die Genuefer Konferenz war eine große Hoffnung. Heute jedoch muß man gestehen, daß ihr Werk mehr und mehr gefährdet wird. Wer wird die Verantwortung dafür tragen? Die Entente, die an sie glauben oder diejenigen, die alles getan haben, um sie zum Scheitern zu bringen?

Neue Streiks in Budapest

(Jutel.) Budapest, 22. April.

Nachdem der Ausbruch in der Budapest Metallindustrie erst vor wenigen Tagen beendet worden war, ist wiederum eine neue Lohnbewegung ausgebrochen. In zwei großen Betrieben haben die Arbeiter die Wiedereinnahme der Arbeit abgelehnt mit der Begründung, daß die Arbeitsbedingungen nicht eingehalten worden seien.

Die „Republika“ mittelt, haben auch die Nagelschmiede die Arbeit niedergelegt, da sie eine Erhöhung der Löhne auf das Vierfache forderten, die aber abgelehnt wurde. Die Anstreicher haben den Arbeitgeberorganisationen ebenfalls neue Lohnforderungen überreicht und haben vor einem Lokutstreik. Für die Stimmung der Arbeitgeber ist eine Aenderung des Vorstehenden der Maschinenfabriken, Theodor Kendes, bezeichnend, der sagte, im Interesse der Mehrproduktion müsse die Disziplin unter den Arbeitern mit allen Mitteln, gegebenenfalls durch Anwendung von Gewalt, wiederhergestellt werden.

Der Darlehnsstauschein zu 2 Mark vom 1. März 1920 hat aus Zweckmäßigkeitsgründen andere Farben erhalten. Auf der Vorderseite erscheint der Textdruck in lebhaftem Rot und der Schlußdruck bläulich-rosa; der Kontrollstempel im linken Feld und die Nummer sind in brauner Farbe gedruckt. Der bis zum Verschnitt reichende Unterdruck auf Linienwerk ist unverändert graubraun geblieben. Auf der Rückseite ist der aus kleinen Wertziffern zusammengesetzte und bis zum Verschnitt reichende Schlußdruck jetzt bläulich-rosa ausgeführt. Der Unterdruck bleibt wie bisher graubraun und der Ausdruck rotbraun.

